

Holger Apfel

Vorsitzender der NPD-Fraktion in Sachsen
stellv. NPD-Parteivorsitzender

Liebe Landsleute,

als elementarer Bestandteil des Hartz IV-Umsetzungskartells ist vor allem Die Linke zu nennen. Schließlich enthielten sich die beiden damals rot-roten Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bei der Abstimmung im Bundesrat zu den Hartz-Reformen der Stimme, und dies nur, um die Futtertröge der Macht weiterhin zu sichern.

Mit der aktiven Mithilfe der PDS wurde somit ein Lehrstück neoliberaler Deregulierungspolitik durchgesetzt. Ministerpründe und Regierungspöstchen sind der vermeintlich sozialen Oppositionspartei Die Linke/PDS offensichtlich wichtiger als die Sorgen und Nöte sozial schwacher Deutscher. Doch ihre tatkräftige Mithilfe bei der Verabschiedung von Hartz IV hinderte die PDS natürlich nicht daran, Krokodilstränen zu vergießen und Hartz IV im Wahlkampf als ‚Armut per Gesetz‘ zu bezeichnen. Dabei war kein einziger der Hartz-Vorschläge im Wortsinne radikal, das heißt, packte das Problem an der Wurzel, die da schlicht und einfach lautet: Es fehlen Arbeitsplätze in Millionenhöhe.

Kürzungen beim Arbeitslosengeld vor allem für Ältere, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Letzteren, die Ausweitung von Leiharbeit über Arbeitsagenturen, die Privatisierung der Arbeitsvermittlung durch Vermittlungsgutscheine und die Beauftragung privater Dritter mit der Vermittlung und Durchführung von Eingliederungsmaßnahmen, die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen und die Lockerung des Kündigungsschutzes, neue Modelle der Schein-Selbständigkeit wie Ich-AGs, geringfügige Beschäftigung und Minijobs – all dies schuf und schafft keinen einzigen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz und ist eine Bankrotterklärung der Altparteien.



„Sozial geht nur national“ ist eine gemeinsame Kampagne von NPD und JN. Alle Texte und Berichte zur Kampagne können im Weltnetz eingesehen werden:



www.sozial-geht-nur-national.de

Mitmachen.
Verändern.
Handeln.

Sozial
geht nur
national.

- Ich interessiere mich für Ihre Arbeit und bitte um Übersendung von Infomaterial (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).
- Ich möchte Mitglieder der JN werden (ab 14 Jahre).
- Bitte senden Sie mir das „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ zu (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).



Vorname

Name

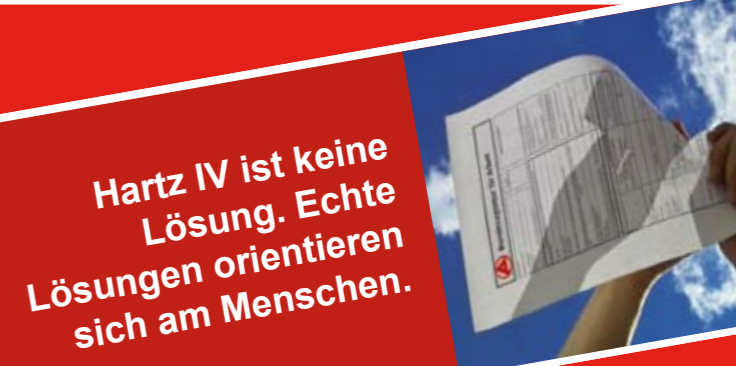
Alter

Straße, Nr.

PLZ, Ort

ePost

Telefon



Hartz IV ist keine Lösung. Echte Lösungen orientieren sich am Menschen.



Arbeit für alle Deutschen

- 030 - 650 110
- NPD, Postfach 84 01 57, 12531 Berlin
- parteizentrale@npd.de
- npd.de jn-buvo.de

Eine Kampagne von:



Hartz IV ist ein Skandal: Die Hartz IV-Armut kann jeden treffen. Auch eine abgeschlossene Berufsausbildung, ein Hochschulstudium und eine langjährige Berufserfahrung können heute nicht vor dieser neuen Armut schützen. Deshalb kann die Hartz IV-Armut heute niemanden mehr gleichgültig lassen. Hartz IV – das ist nicht die Unfähigkeit oder der Unwillen der Betroffenen! Hartz IV – das ist die Unfähigkeit der Blockparteien, das Armutsloch in unserem Land zu schließen!

Hartz IV – das bedeutet aber auch Selbstbedienung und Korruption der Polit-Funktionäre auf Kosten des Volkes. Pikantes Detail am Rande: Der Namensgeber der Hartz IV-Gesetze ist inzwischen wegen Untreue rechtskräftig verurteilt worden.

Niedriglöhne sind keine Lösung!

Für viele Arbeitnehmer gehen schon seit Mitte der 90er Jahre die Löhne immer weiter in den Keller. Die Anzahl der Niedriglohneempfänger steigt. Trotzdem wächst die Arbeitslosigkeit. Geringqualifizierte bleiben dabei auf der Strecke. Aber auch höher Qualifizierte werden zunehmend in den Niedriglohnbereich gedrückt: Vier von fünf Niedriglohneempfängern haben heute eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluß. Die Blockparteien behaupten, Niedriglohn schaffe Arbeit. Das stimmt aber nicht! Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt: Niedriglöhne schaffen keine Arbeit, sondern Armut.

Das Problem: Zu wenig Arbeitsplätze

Woran es wirklich fehlt, liegt auf der Hand: Arbeitsplätze. Die Arbeitsplatzvernichtung der letzten 10 Jahre ist weitgehend auf die Globalisierung zurückzuführen. Globalisierung bedeutet Export von Kapital und Arbeitsplätzen ins Ausland und den Import von Billigwaren und Lohndrückern aus dem Ausland.

Die Globalisierung ist kein Naturgesetz; die Globalisierung ist eine Fehlentscheidung, für die allein die Altparteien und die Wirtschaftskonzerne verantwortlich sind: Grenzen auf, Billigarbeiter rein, Arbeitsplätze raus, Löhne runter! Heute befindet sich unser Land deshalb auf Talfahrt. Ganze Regionen veröden sozioökonomisch und sind industrielles Brachland.

Volkswirtschaft statt Globalisierung!

Die Globalisierung setzt einseitig auf den Weltmarkt und verzichtet damit auf einen ordnungspolitischen Rahmen für die Wirtschaft. Auf dem Weltmarkt spielen nur noch die „Großen“, die internationalen Konzerne, eine Rolle; der wirtschaftliche Mittelstand wird in die Abhängigkeit der Konzerne getrieben, um zu Niedrigstpreisen zu produzieren oder – wenn er dies nicht mehr kann – Konkurs anzumelden und vom „Markt“ zu verschwinden. Was wir

brauchen, sind nationale Märkte, eine wirtschaftliche Ordnung, in der nicht nur verkauft, sondern auch vor Ort produziert wird. Wir brauchen wieder eine echte Volkswirtschaft!

Mindestlöhne – damit Arbeit nicht arm macht!

Eine Volkswirtschaft braucht einen nationalen Ordnungsrahmen mit staatlicher Gestaltungsmacht, eine Wirtschaftsordnung, die das ganze Volk in den Wirtschaftsprozess einbezieht. Jeder ist wichtig, egal welche Arbeit er verrichtet, und jede Arbeit ist notwendig, jeder wird gebraucht. Aber: Jeder der arbeitet, soll damit auch sein wirtschaftliches Auskommen haben.

Arbeit darf nicht arm machen. Deshalb muß es einen gesetzlichen Mindestlohn von stündlich 8,80 Euro geben; ein Mindestlohn, der die Würde des Einzelnen sichert. Wenn in einem neuen Deutschland die Wirtschaft im Gleichgewicht ist, dann können Mindestlöhne auch gezahlt werden. Denn Mindestlöhne setzen Mindestgewinne der Unternehmen und eine Schutzpolitik vor ausländischer Billigkonkurrenz voraus.

**Sozial
geht nur
national.**

Hartz IV ist kein Schicksal

Nationalismus ist Zukunft

**Arbeit
für alle Deutschen**



**Regionalisierung
und Mindestlöhne**

Arbeit für alle Deutschen!

Eine Wirtschaftsordnung, die den Wohlstand sichert, braucht Produktionsunternehmen, braucht die industrielle Fertigung von Produkten vor Ort. Die Produktionsstandorte und die Dienstleistungsgesellschaft zu fördern und zu sichern, das war über Jahrzehnte der erfolgreiche Ansatz einer Wirtschaftspolitik, die Wohlstand und Sicherheit für alle schaffen konnte. Die Globalisierung hat diesen ordnungspolitischen Ansatz aufgegeben, um eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die sich einseitig an den Interessen der weltweit operierenden Konzerne ausrichtet, aber gegen die sozialen Interessen des eigenen Volkes gerichtet ist. Wir brauchen aber eine Wirtschaftsordnung, die die Sicherung der sozialen Rechte unseres Volkes in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen wieder eine echte Volkswirtschaft, dann gibt es auch Arbeit für alle Deutschen.

25 Jahre Unfähigkeit der Blockparteien: Eine Chronik des Scheiterns!

„Diese neue Regierung ist notwendig geworden, weil sich die alte, die bisherige Regierung als unfähig erwies, gemeinsam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das Netz sozialer Sicherheit zu gewährleisten und die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen.“ (Regierungserklärung CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl, 13. Oktober 1982)

„Wir wollen uns jederzeit – nicht erst in vier Jahren – daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.“ (Regierungserklärung SPD-Bundeskanzler G. Schröder, 10. November 1998).

„Wir haben die höchste Zahl an Langzeitarbeitslosen, die die Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat, und das muß sich wieder ändern. Im übrigen werden wir von den Menschen als Regierung und als die diese Regierung tragenden Fraktionen zum Schluß an genau dieser Frage gemessen werden.“ (Regierungserklärung CDU-Bundeskanzlerin A. Merkel, 30. November 2005)